

03-070-04912

(Deutsche Gruppe der
EVP-Fraktion)

Embargo : 16.00 Uhr

Nur der mündliche Vortrag ist maßgebend

**Eröffnungsrede
von Herrn Wilfried MARTENS,
Vorsitzender der Partei
und der Fraktion der Europäischen Volkspartei**

**Madrid
Sonntag, 5. November 1995
16h00**

Liebe Kollegen, liebe Freunde,

Der 11. EVP-Kongreß, der heute in Madrid eröffnet wird, stellt eine weitere Station im Bestehen unserer Partei dar.

Sie entwickelt sich gemäß Artikel 138 A des Vertrages über die Europäische Union, in dem die Rolle der großen transnationalen politischen Parteien auf europäischer Ebene als wichtiger Faktor für die Integration in der Union festgeschrieben ist. Die europäischen Parteien - ich zitiere den Vertrag von Maastricht - "tragen dazu bei, ein europäisches Bewußtsein zu bilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen". Unser Treffen hier in Madrid knüpft an das

DOC-DEPPE284573

Treffen in Athen im November 1992 an, auf dem wir das Basisprogramm angenommen haben, sowie an das Treffen in Brüssel im Dezember 1993, zu dessen Abschluß wir für das Aktionsprogramm für die Europawahlen vom Juni 1994 gestimmt haben.

Diese Wahlen haben unsere Position im Europäischen Parlament gestärkt. Mit 173 Abgeordneten aus den 15 Ländern der Union stellt die EVP-Fraktion die große Kraft der politischen Mitte dar. Die Zusammenarbeit von Partei und Fraktion ist effizient, und wenn wir unseren Kongreß unter das Motto "Die Stärke der Union" gestellt haben, dann deshalb, weil wir unterstreichen wollen, daß es für unsere politische Familie darauf ankommt, ihre Kräfte zu sammeln, um ihre Positionen auf nationaler Ebene zu stärken und ihre Ziele im Rahmen der Europäischen Union zu konkretisieren. Unsere Stärke liegt darin, daß Christdemokraten und die ihnen politisch Nahestehenden in 5 Ländern der Europäischen Union die Regierung stellen und in weiteren 3 Ländern aktiv an der Regierung beteiligt sind. Es ist wohl unnötig, hier in Madrid noch einmal daran zu erinnern, wie sehr wir wünschen, daß schon bald eine sechste christdemokratische Regierung hinzukommen wird. Die Stärke der Union liegt auch in der engen Zusammenarbeit, die uns mit den 7 Mitgliedern der Kommission aus unseren Reihen und an deren Spitze mit unserem Freund Jacques SANTER verbindet. Nach einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments hat diese Kommission ihre Arbeit im Januar dieses Jahres aufgenommen.

Wir sind nunmehr bereit, unser Programm in die Tat umzusetzen und uns der ersten großen Herausforderung zu stellen, der wir uns infolge der in Maastricht eingegangenen Verpflichtungen gegenüber sehen: ich spreche von der Regierungskonferenz 1996.

Ist es noch nötig, die Bedeutung dieses Treffens und unseres gemeinsamen Engagements zu unterstreichen, das wir zeigen müssen, damit diese Konferenz von Erfolg gekrönt sein wird? Die von dieser

Regierungskonferenz erwarteten Reformen sind unerlässlich für eine Vertiefung des Integrationsprozesses und die Verbesserung der Funktionsweise der Union im Hinblick auf ihre Handlungsfähigkeit, ihre Transparenz sowie die Demokratisierung. Die Reform 1996 stellt gleichzeitig die Voraussetzung für eine künftige Erweiterung auf die mittel- und osteuropäischen, die Mittelmeer- sowie die baltischen Länder dar, die für die Stabilität auf dem europäischen Kontinent unabdingbar ist.

Das Europäische Parlament hat am 17. Mai 1995 mit der Annahme einer Entschließung auf der Grundlage des Berichts BOURLANGES-MARTIN seine ersten diesbezüglichen Leitlinien formuliert. Diese Leitlinien werden in der Reflexionsgruppe verfochten, die ihre Arbeit am 1. Juni 1995 in Messina aufgenommen hat und in der wir durch unseren Kollegen Elmar BROK vertreten sind. Die Reflexionsgruppe wird ihren Bericht im Dezember dieses Jahres dem Europäischen Rat in Madrid vorlegen, der über das Mandat und den Beginn der Regierungskonferenz im nächsten Jahr entscheiden wird. Es ist Ihnen ja bereits bekannt, daß Frau MAIJ-WEGGEN, Mitglied der EVP-Fraktion, vom Institutionellen Ausschuß des Europäischen Parlaments als Berichtserstatterin für diese Konferenz benannt wurde.

Im Zeichen dieser Vorbereitungsphase steht unser Kongreß, zu dessen Abschluß wir das von der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Partei und der Fraktion unter der Leitung unseres Kollegen Hans-Gert POETTERING ausgearbeitete Dokument annehmen werden. Dieses Dokument, über das wir morgen debattieren werden, sieht eine Reihe von Verbesserungen in der Funktionsweise der EU vor, die wir für den Erfolg der Regierungskonferenz für unerlässlich halten und für die wir uns in den kommenden Monaten einsetzen werden.

Die Botschaft unseres Kongresses und des Dokuments, das morgen veröffentlicht wird, ist klar. Wenn wir eine effizientere, transparentere und demokratischere Union wollen, so deshalb, weil wir einerseits die Unterstützung der Bürger erhalten wollen - eine Unterstützung, die der Union in allzu vielen Mitgliedstaaten fehlt - und weil wir andererseits eine Erweiterung um mehr als 10 Länder im kommenden Jahrzehnt ermöglichen wollen, ohne die Union damit zur Auflösung oder zur politischen Lähmung zu verurteilen.

Die Vorstellung von einer Union mit 25 oder noch mehr Mitgliedstaaten zu Beginn des nächsten Jahrhunderts hat hier und dort die Gefahr heraufbeschworen, daß wir nurmehr zwischen zwei Möglichkeiten wählen können: die eine ist ein Europa als Raum, worunter man sich eine große Freihandelszone ohne handlungsfähige Institutionen und ohne inneren Zusammenhalt vorstellen muß, die den Versuchungen von Europa à la carte ausgesetzt ist, die andere ist das starke, handlungsfähige Europa, das allein in der Lage ist, die Interessen der Europäer zum Ausdruck zu bringen und zu vertreten. Diese Gefahr ist in der Tat beträchtlich, und wenn wir wählen könnten, so würden wir uns aufgrund unseres Auftrages und unseres politischen Engagements naturgemäß für die zweite Möglichkeit entscheiden. Aber muß das Problem so gestellt werden, daß wir uns mit der Unvereinbarkeit des Aufbaus Europas auf kontinentaler Ebene und seiner Entwicklung zu einer großen politischen, monetären und wirtschaftlichen Macht abfinden müssen?

Es ist vielmehr unsere Verpflichtung, die Ziele so hoch wie möglich zu stecken und bei der Einigung dieses europäischen Raums erfolgreich zu sein, da dies die einzige Garantie für die Stärkung der neuen Demokratien und die Wahrung des Friedens ist. Gleichzeitig wollen wir der Union die Instrumente zu ihrer Identitätsfindung geben, d.h. die

Einführung einer gemeinsamen Währung, die Definition einer gemeinsamen Außenpolitik, die von einer integrierten Verteidigungspolitik unterstützt wird, und die Einsetzung einer wirklichen europäischen Regierung, die die politische Union besiegeln wird.

Diese Vision gehört nicht in das Reich der Utopie. Jeder Tag, der vergeht, arbeitet gegen ein zersplittertes Europa. In Asien, im pazifischen Raum und in Lateinamerika organisieren sich ganze Kontinente, gestützt auf ein sehr starkes Wirtschaftswachstum und eine Bevölkerungszuwachsrate, die deutlich über unseren Raten liegt. Diese Konkurrenten werden unsere Partner sein, wenn es uns gelingt, Europa zu einer Macht auf der Ebene der großen kontinentalen Zusammenschlüsse zu machen. Andernfalls haben wir einen mörderischen Wettbewerb und eine Deregulierung weltweit zu befürchten, auf die wir nicht mit dem Aufstellen von Handelsregelungen und Regelungen zur fairen Produktion Einfluß nehmen können, da wir dann weder die politische noch die strategische Dimension besitzen, um unsere Interessen zu vertreten.

Ich möchte hinzufügen, daß andere Teile der Welt, insbesondere Afrika und der südliche Mittelmeerraum, ihre Partnerschaft mit uns vertiefen wollen: sie brauchen ein starkes Europa, das Verantwortung zu übernehmen und seine Solidarität unter Beweis zu stellen vermag.

Ein wirtschaftliches, politisches und monetäres Europa muß daher mehr denn je unser Ziel sein. Zum Ende dieses Jahrhunderts stehen bereits verschiedene wichtige Termine an: die Erneuerung des WEU-Vertrages 1998, den wir zur Konkretisierung der Verteidigungskomponente in die Europäische Union integriert sehen möchten; die Einführung einer einheitlichen Währung am 1. Januar 1999, eine wirkliche Revolution, die zwangsläufig weitere Fortschritte hin zur Bildung einer Art

wirtschaftlicher Regierung in der Union nach sich ziehen wird; die Debatte über die neuen Haushaltsaussichten, die ebenfalls ein Prüfstein für die Bewertung der Intensität des Engagements der Mitgliedstaaten und Völker zugunsten einer solidarischen Union sein wird. Schließlich sollten wir uns ganz besonders auf die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen sowie der baltischen und der Mittelmeerländer vorbereiten, die alle ihren Platz in diesem großen Vorhaben der Einigung des Kontinents haben.

Es bleiben uns also weniger als 4 bis 5 Jahre, um Erfolge auf diesen so wichtigen Gebieten zu erzielen. Bis dahin müssen wir unsere Bemühungen fortsetzen, um unsere Volkswirtschaften zu sanieren, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen zu steigern, gemeinsam Fortschritte bei der technologischen Revolution zu erzielen und so das Wachstum zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Meine lieben Freunde,

dies sind die Aufgaben, denen wir gegenüber stehen. Ist es notwendig, noch einmal zu betonen, daß wir eine noch leistungsfähigere Partei sein müssen, um diese Aufgaben bewältigen zu können? Ich komme nunmehr zu den Vorschlägen, die Ihnen im Rahmen der Debatte über "Die EVP auf dem Weg zu einer europäischen Partei - eine Strategie für das Jahr 2000" unterbreitet werden.

All diese Herausforderungen sind existentiell, wenn wir ein geeintes Europa bauen wollen. Und wir brauchen ein geeintes Europa, um die Zukunft zu sichern.

Nicht wenige glauben, man könne Europa rein technisch bauen. Wie im 19. Jahrhundert wird uns wieder eingeredet, man solle die Experten nur machen lassen und ihre Arbeit nicht durch politische Debatte stören. Der Kommission wird eine Rolle zugewiesen wie dem Philosophenkönig in der griechischen Philosophie.

Liebe Freunde, dies ist ein vormodernes Politikverständnis, in dem Demokratie und demokratische Mitwirkung als potentieller Störfaktor verstanden werden. Ich sage Ihnen aber: Wir wollen ein demokratisches Europa. Wir wollen ein Europa, in dem die Bürger unmittelbar über Wahlen bestimmen können, welche Politik gemacht wird. Wer Europa ohne Demokratie bauen will, wird es zerstören.

Und Demokratie kann nicht funktionieren ohne politische Parteien. Wir sind weit davon entfernt, uns zu überschätzen. Die EVP ist auf einem guten Weg, aber dieser Weg ist noch lang und steil und nicht ohne Gefahren. Ich bin diesen Weg seit der Gründung 1976 mitgegangen und ich weiss, wovon ich rede.

1996 feiern wir das 20-jährige Jubiläum unserer Partei. Der Name Europäische Volkspartei war uns in diesen 2 Jahrzehnten immer Programm. Wir wussten, dass wir auch für diejenigen offen sein müssen, die aus anderen Traditionen kommen, aber bereit sind, unser Programm zu teilen. Wenn die Apostel nicht bereit gewesen wären, für das Christentum in aller Welt zu werben, wären sie nicht über das Stadium einer kleinen Sekte in Palästina hinausgekommen und heute wahrscheinlich längst vergessen.

Für uns als Christliche Demokraten ist dies nicht zuletzt auch eine Chance, zu lernen. Unsere skandinavischen Freunde haben sich lange und intensiv mit einem Staat auseinandersetzen müssen, der in alle Lebensbereiche dirigistisch eingreifen will. Sie kennen die Gefahren eines ausufernden Wohlfahrtsstaats, der die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft überfordert. Stehen wir nicht in vielen Ländern vor ganz ähnlichen Problemen?

Ist die Praxis unserer Politik denn so anders, wenn es um die Reform der sozialen Sicherung geht? Wenn ich die Debatte in Deutschland, Italien, Frankreich, den Niederlanden, aber auch meinem eigenen Land Belgien richtig verfolgt habe, dann stehen wir alle vor denselben Problemen. Wir müssen eine neue Balance finden zwischen sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Wir wollen keine kalte Gesellschaft gegenüber den Schwachen, aber wir dürfen auch nicht leben auf Kosten zukünftiger Generationen.

Die Europäische Währungsunion hilft uns, dies besser zu verstehen. Die Staatshaushalte müssen saniert werden, die Verschuldung zurückgefahren. Wir müssen die ungenutzten Effizienzreserven nutzen, damit dies nicht zu Lasten der Schwächsten geht. Die Soziale Marktwirtschaft, wie sie von uns christlichen Demokraten entwickelt und erfolgreich in die Praxis umgesetzt worden ist, ist lange noch nicht reif fürs Museum, sondern das Konzept der Stunde.

Sie ist die Absage an den sozialistischen Versorgungsstaat, der Wohltaten unterschiedslos mit der Gieskanne verteilt und andere die Rechnung zahlen lässt. Sie ist aber auch eine klare Absage an alle die meinen, der Markt allein könne die Probleme bewältigen.

Die EVP steht in der Tradition der kontinentaleuropäischen christlichen Demokratie. Als christliche Demokraten stehen wir für eine Politik der Mitte und des Ausgleichs, soziale Marktwirtschaft, ein personales

Verständnis vom Menschen und nicht zuletzt den Willen zur Fortsetzung der europäischen Integrationspolitik. Wir sind und wir bleiben Programmpartei.

Wir wollen jetzt die EVP fit machen für die Herausforderungen der Zukunft. Wir wollen mehr Mitglieder aufnehmen, uns ausweiten in die Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa, unsere Informationsarbeit verbessern, effizienter werden. Wir waren schon zu lange zweitstärkste Kraft im europäischen Parlament. Wir wollen wieder die Nummer eins werden. Wir werden alles dafür tun, dass diese Vision Wirklichkeit wird.

Wir werden in diesen Tagen die Zukunft der EVP diskutieren und Reformen auf den Weg bringen.

Wir haben bisher mit dem 120-köpfigen Politischen Bureau ein ausgezeichnetes Parlament, aber wir haben keine wirkliche Exekutive. Wir brauchen ein kleines, entscheidungsfähiges Präsidium, das als Exekutive die Handlungsfähigkeit und politische Präsenz der EVP sicherstellt. Ohne diese ständige politische Präsenz lässt sich eine europäische Partei, die diesen Namen verdient, nicht bauen.

Wir brauchen aber auch die Rückbindung an die Mitgliedsparteien auf hohem politischen Niveau. Das Präsidium muss deshalb zukünftig regelmässig mit den Vorsitzenden oder Generalsekretären der Mitgliedsparteien zusammenkommen und mit ihnen gemeinsam die Verantwortung für unsere Partei wahrnehmen.

Und es ist unverzichtbar, dass das Präsidium und die Regierungschefs gemeinsam intensiv die Sitzungen des Europäischen Rates vorbereiten. Die EVP ist keine Bildungsveranstaltung und kein Ort der Selbstbespiegelung, sondern hat Verantwortung für die Gestaltung Europas. Ich bin entschlossen, diese wahrzunehmen.

Wir haben erfolgreich die Erweiterung der EVP um Parteien aus den Beitrittsländern betrieben. Wir müssen jetzt mit derselben Entschlossenheit die Erweiterung um die Staaten in Mittel- und Osteuropa, Malta und Zypern in Angriff nehmen und Partnerparteien gewinnen und integrieren. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, damit wir auch Morgen erfolgreich sind.

Ich bitte Sie: Helfen sie mit. Es geht um viel. Es geht um unsere Zukunft in Europa. Wir haben alle Chancen, wenn wir jetzt anpacken. Seien wir nicht ängstlich. Trauen wir uns was zu. Wir haben Wurzeln, die weit in die Geschichte zurückreichen und diesen Kontinent geprägt haben. Wir haben die Kraft, die Zukunft zu gestalten. Wenn wir wollen und wenn wir jetzt anpacken. Dieser Kongress muss die Weichen stellen. Helfen Sie mit.